



Breslauer Zeitung. In Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs- und 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem Abnehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 229. Morgen-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 18. Mai 1878.

Ein mannhafter Beschluß des Reichstages.

Der deutsche Reichstag hat am 14. Mai anlässlich der Beratung der ihm vorgelegten Handels-Convention mit Rumänien einen bedeutenden Beschluß gefaßt, der vielleicht unter dem an jenem Tage noch so frischen, Alles zurückdrängenden Eindruck der Schreckensnacht vom 11. Mai uns noch nicht genug gewürdigt zu sein scheint.

Es fragte die Regierung einfach, ob es wahr sei, daß die Convention eine verschiedene Behandlung deutscher Reichsbürger je nach ihrer Confession zulasse. Sei dies der Fall, so könne er dem Vertrage nicht zustimmen.

Nun einige Aufklärungen zum Kern der Sache. In Rumänien werden verfassungsmäßig nur die Moldau-Wallachen christlicher Religion als Staatsbürger anerkannt, die Juden werden als Fremde behandelt und in Bezug auf das Niederlassungsrecht und den Erwerb von Grundstücken noch immer Beschränkungen unterworfen.

Aus der Rede des Staatssekretärs von Bülow konnten wir uns nicht überzeugen, daß die Regierung Alles aufgegeben hat, um jene Hindernisse für einen Theil ihrer Staatsbürger wegzuräumen, und andere Aufklärungen sind über die nicht unbedeutende Materie nicht da.

Unter diesen Umständen kann sich Deutschland nur zu dem Beschluß gratuliren, mit welchem der Reichstag die Würde der Nation gewahrt hat. Es handelt sich in dieser Frage nicht um eine Judenfrage — denn in einem späteren Falle könnte dasselbe anderen Confessionen geschehen — sondern einfach um die in Art. 3 der Reichsverfassung gewährleistete Rechtsgleichheit aller Deutschen.

Breslau, 17. Mai.

Unleugbar hat die Frage ein großes Interesse, wie von Seiten der Socialdemokratie das Attentat betrachtet wird. Die beste Antwort darauf ertheilt das Centralorgan der gesammten socialdemokratischen Partei, der in Leipzig erscheinende „Vorwärts“.

Holla! Das ist doch einmal ein gesundes Fressen! Jemand ein von Hunger und Elend windelweiche geprägelter armer Teufel feuert vor dem Deutschen Kaiser aus einem 8-Mark-Revolver (brauchbare Kosten 40) einige Schüsse in die Luft — man weiß noch nicht und der „Attentäter“ wußte es in jenem Moment wohl selbst nicht recht, ob um sich selbst in Gegenwart des Kaisers, oder um diesen, oder um — Niemanden zu treffen — welche eine löbliche Gelegenheit, die gewobene Begeisterung einer ganzen großen politischen Partei mit verheerender Furcht fortzusetzen!

Man brauchte nur an jenem Nachmittag unter den Linden in Berlin zu sein und die Ausdrücke von Patriotismus und Unterthanentreue zu hören, zu sehen, wie da die Fahnen gleich über den Häusern hingen, wie das Speichervolk in Scharen sein „Heil Dir im Siegertranz“, seine „Wacht am Rhein“ hinplärrte, nur das brauchte man mit anzusehen zu haben, um zu erkennen, was für eine Sorte von „Socialdemokrat“ jener Mensch sein muß (auch seine censuren Redensarten von „Nihilist“, „Anarchist“, „Christlich-social“ etc. beweisen es zur Genüge), wie genau er begriffen hätte, was unserer Partei noth thut und — was für colossale Dummköpfe wir sein müßten, wollten wir uns jemals auf irgend einen Streich einlassen!

In diesem Tone geht es fort! Was meinen unsere Bürger zu dem Speichervolk, das seine „Wacht am Rhein“ dahiplärrt? Diese Heerei gehört natürlich auch zur „ausdauernden Ausflüchtungsarbeit“.

„Verbrechen ist im gesellschaftlichen Leben, was Krankheit im physischen ist.“ Ein Symptom der Störung, der Unordnung im Organismus. Die von jedem Verbrechen, so gilt dies auch von diesem hier.

Wer also ist schließlich Schuld an der That, die ihr uns zuschreiben euch erdreißt? Nicht wir, die wir diese Unordnung des gesellschaftlichen Organismus, diese wahnwüthigen und wahnwitzigen erzeugenden Zustände bekämpfen, auch nicht jener unglückliche Hirntante, der nur das notwendige Product dieser wahnwüthigen Zustände ist, sondern ihr, ihr, ihr allein, die Vertheiliger, die Schöpfer dieser wahnwüthigen Zustände! Auf die Anklagebank mit euch!

So wird das Verbrechen und zwar nicht bloß dieses, sondern jedes Verbrechen ohne Ausnahme auf die natürlichste Weise von der Welt erklärt! Die „Germania“ fängt es anders an; sie klammert sich an die Worte des Kaisers über die Stärkung und Hebung der Religion, unter welcher sie selbstverständlich die Herrschaft des Ultramontanismus über den Staat begreift und schreibt in einer Adresse an Se. Majestät:

Hundert von unseren Seelenbrüdern sind bereits durch den Tod abgerufen, ohne daß es möglich ist, Nachfolger für sie zu gewinnen; Hundert andere verweilen im Gefängnis oder in der Verbannung — voran der größte Theil unserer noch lebenden Oberhirten —; Tausende von Religionen, welche ihr ganzes Leben dem Wohle ihrer Mitmenschen ausgepflegt, haben aus dem Vaterlande flüchten müssen; Hunderttausende von Laien ist die Gelegenheit entzogen, das Wort Gottes zu hören, dem h. Messias beizuwohnen und die h. Sacramente regelmäßig zu empfangen.

Und trotz aller dieser überaus traurigen Zustände ist bei den Millionen von Katholiken, welche mehr oder minder darunter zu leiden haben, kein einziger ungeheurer, kein einziger revolutionärer Act zu verzeichnen. (Die Erinnerung an Kullmann drängt sich dabei natürlich Jedermann auf, aber Kullmann gehört ja nach dem Dogma der „Germania“ der liberalen Partei an. Risum teneatis!) Wie begründet ist doch die Ansicht Sr. Majestät, daß nur die Religion über den Menschen eine so gewaltige Herrschaft ausüben kann, daß er durch politische Leidenschaften sich zu keinerlei Ablehnung gegen die bestehende Ordnung im Staate hinreichend läßt!

Wenige Stunden bevor Sr. Majestät jene ewig denkwürdigen Worte vor dem Staatsministerium gesprochen, hat Sr. Majestät Cultusminister wiederum einen Erlass unterzeichnet, der in seinen Folgen eine große katholische Gemeinde aus ihrem Gotteshaus weist — zu Gunsten einer Handvoll Sectirer, deren Mehrzahl bisher nur Spott über den von ihren Vätern überkommenen Glauben gehabt! Sr. Majestät Minister hat diesen Erlass unterzeichnet im erklärten Gegensatz zu den Gutachten des betreffenden, nicht der katholischen Religion angehörigen Ortsbürgermeisters, des gleichfalls nicht-katholischen Kreislandraths und des zweimaligen die Ansprüche der Secte abweisenden Entscheides des Oberpräsidenten der Provinz.

Die socialistische Partei, deren Aufstreben in den letzten Jahren die Welt erschreckt, ist aber gerade in der vorliegenden Sache mächtig erlärzt, und bei den letzten Reichstagswahlen war es nur den den Ausschlag gebenden glaubensstreuen Katholiken zu danken, daß ein persönlicher Freund Sr. Majestät über seinen socialdemokratischen Gegner den Sieg davontrug.

Auch die „Germania“ hat eine Moral von der Geschichte; sie lautet: Wenn Fall entlassen wird, dann ist Alles wieder gut, denn die Aufhebung der Maßregeln kann einzig und allein die socialdemokratische Partei darnieder schlagen.

Die gestrige Meldung unseres Berliner Correspondenten, daß Rußland auf die Erwerbung Batums verzichtet wolle, findet heute indirect Bestätigung. Ein officielles Telegramm des Wolffschen Bureau aus Petersburg meint, daß die Erwerbung Batums Rußland große Kosten auferlegen würde, daß mithin die Frage der Abtretung Batums discutirbar sei.

„Aus St. Petersburg geht uns die Meldung zu, daß Graf Schwaloff, ungeachtet des lebhaften Widerstandes, auf welchen seine Vorschläge Seitens einiger maßgebenden Persönlichkeiten zu stoßen scheinen, die Bemühungen wegen des Zustandbringens eines Compromisses zwischen England und Rußland eifrig und, nach der momentanen Sachlage zu schließen, keineswegs hoffnungslos fortsetzt. So viel über die bisherigen Chancen der Mission des Grafen Schwaloff verlautet, hält man in der-

tigen politischen Kreisen ein Arrangement zwischen den beiden Mächten bezüglich der künftigen Begrenzung Bulgariens, der Höhe und der Art der Begleichung der an Rußland zu leistenden Kriegsschuldung, sowie bezüglich der Session Batums nicht für unmöglich. Zugleich giebt man sich in St. Petersburg der Erwartung hin, daß das Entgegenkommen in der drei genannten Punkten, insbesondere die Geneigtheit, in der bulgarischen Frage den Interessen des hellenischen Elementes Rechnung zu tragen, von englischer Seite durch eine Annäherung an den russischen Standpunkt bezüglich der Retrocession Bessarabiens erwirkt werden dürfte.

Auch die „Agence Havas“ läßt sich in eminent friedlichem Sinn vernehmen.

Wie man der „R. Z.“ berichtet, hat der Weltausstellung in diesen Tagen eine nicht geringe Gefahr gedroht. Ein vom 15. d. datirtes Pariser Telegramm jenes Blattes sagt nämlich: „Man erzählt, es habe heute Morgen ein Brandstiftungsversuch gegen das Ausstellungsgelände im Marsfeld stattgefunden; ein mit Petroleum gefüllter schwerer Ballon, der wahrscheinlich auch Zündstoffe enthielt, sei auf das Ausstellungsgelände geschleudert worden, aber zum Glück bei den Gebäuden des Generalcommissariats niedergefallen, ohne zu plagen.

Ueber die in England ausgebrochenen Arbeiterunruhen berichtet die „A. A. Correspondenz“ folgendes Nähere:

„Delegirte der von der Arbeitshetze in Lancashire betroffenen Baumwollarbeiter conferirten gestern (14. Mai) mit dem Fabrikanten-Comité und machten demselben mehrere Vorschläge, um dem gegenwärtigen Verhältnisse ein Ende zu bereiten. Sie erklärten sich bereit, die Lohnrate entweder einem Schiedsgericht zu unterbreiten, oder sich eine 5proc. Lohnherabsetzung gefallen zu lassen, oder die 10proc. Reduction bei halber Arbeitszeit anzunehmen. Es wurde mitgetheilt, daß Lord Derby sich bereit erklärt habe, das Schiedsgericht zu übernehmen, wenn er von beiden Seiten dazu aufgefordert würde.

In Amerika erregt, wie die neuesten telegraphischen Meldungen erkennen lassen, der Potter'sche Antrag gegenwärtig immer größere Besorgnisse. Der „Londoner Times“ gingen darüber aus Philadelphia unter dem 13ten d. Mts. folgende nähere Nachrichten zu:

„Die demokratischen Führer hatten seit geraumer Zeit die Zweckmäßigkeit der Wiedereröffnung der Frage des Anrechens des Präsidenten Hayes auf sein Amt durch Anordnung einer Untersuchung über die mit der Stimmentauschung verknüpften Betrügereien erörtert. Neuerdings haben gewisse Personen gestanden, daß sie an solchen Mißbräuchen theilhaftig gewesen. Die Sache ist auch anderweitig sehr eingehend discutirt worden, aber es hatte sich die Meinung geltend gemacht, daß die Wiedereröffnung der Frage nur die Leiden haben würde, den Handel mehr und mehr zu brüden. Die Demokraten sind nichtsbefloweniger entschlossen, eine Wiederbelebung des mit der Fälschung von Wahlstimmen verknüpften Scandals herbeizuführen, in dem Glauben, daß dies eine gute Wirkung auf ihre Interessen bei den Herbstwahlen haben würde.

Bisher ist die Resolution Potter durch die Republikaner im Repräsentantenhaus dadurch bekämpft worden, daß sich das Haus immer nach kurzer Debatte vertagte, ohne zu einer Entscheidung über die Resolution gelangt zu sein. Wie lange man dieses Spiel wird fortsetzen können, ist freilich die Frage; gewiß ist, daß man die Annahme der Potter'schen Resolution auf republikanischer Seite als den Vorboten großen Unglücks ansieht.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. [Die Beratungen des Ministeriums und die Taktik des Reichstages. — Die Tabak-Enquete-vorlage und Fürst Bismarck. — Beschränkung der Versammlungsfreiheit.] Das Gesamtministerium trat heute abermals im Conferenzzimmer des Reichstages zu einer Sitzung zusammen. Dem Vernehmen nach waren wieder gesetzliche Maßregeln aus Anlaß des Attentats Gegenstand der Beratung. In Abgeordnetenkreisen verlautete, daß von Anfang an die Absicht vorgewaltet habe, dem Reichstage eine bezügliche Vorlage zugehen zu lassen. Die Mehrheitsparteien glaubten jedoch nicht, daß die dem Ende rufende Session noch mit einer derartigen Vorlage besaßt werden könnte. Deshalb engagirte sich bei der heutigen Besprechung der Tagesordnung im Reichstage eine etwas breit ausgespannte Debatte, welche schließlich zur Absegnung des Nahrungsmittelgesetzes und der Novelle zur Gewerbeordnung, welche die Schankconcessionen betrifft, führte. Anstatt













